

Antwort der SPD:

Frage 1: Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema.

Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Antwort der BayernSPD:

Wir werden uns u.a. dafür einsetzen, dass themenspezifische Ausstellungen und Veranstaltungen in Museen und öffentlichen Einrichtungen initiiert und durchgeführt sowie bekannte LSBTIQ*-Personen bei der Benennung oder Umbenennung von Straßen oder Plätzen berücksichtigt werden. Darüber hinaus wollen wir Kultureinrichtungen und -institutionen sowie Gremien für die LSBTIQ*-Thematik sensibilisieren, LSBTIQ*-Gedenktage sichtbar machen und mit Diskussions- und Publikumsveranstaltungen flankieren.

Frage 2: Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere. In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle PolitikerInnen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus.

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (PolitikerInnen, LehrerInnen)?

Antwort der BayernSPD:

Die unhinterfragte Vermutung, dass Personen heterosexuell sind, ist eine der zentralen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung von heteronormativen und LSBTIQ*-feindlichen Gesellschaftsstrukturen. Insofern spielen Personen des öffentlichen Lebens, die ihre sexuelle Orientierung bzw. Identität im Rahmen eines Coming-Outs öffentlich machen, eine wichtige Rolle als Identifikationsfigur vor allem für junge LSBTIQ*-Personen. Trotzdem bleibt es letztlich die persönliche Entscheidung von LSBTIQ*-Personen, mit ihrer sexuellen Orientierung bzw. Identität an die Öffentlichkeit zu gehen. Eine spezielle „Coming-Out-Förderung“ sehen wir daher skeptisch. Wir werden uns aber mit Nachdruck für die Verbesserung der gesellschaftlichen Situation von LSBTIQ*-Personen einsetzen. Wir sehen in Bayern Handlungsbedarf insbesondere bei der wissenschaftlich-historischen Aufarbeitung des Unrechts durch den ehemaligen § 175 StGB in Bayern, der Einrichtung einer

Koordinationsstelle auf Landesebene, der nachhaltigen staatlichen Finanzierung von Beratungs- und Selbsthilfeangeboten, der besseren Erhebung von und Aufklärung über Hassgewalt gegen LSBTIQ*-Personen, der Sichtbarmachung und Förderung von Diversität in den Schulen, der Jugendhilfeplanung, der ambulanten und stationären Altenpflege, den LSBTIQ*-Personen mit Behinderung, den spezifischen Bedarfen von geflüchteten LSBTIQ*-Personen sowie im Bereich des schulischen und außerschulischen Sports. Wir werden zu allen diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode parlamentarische Initiativen im Bayerischen Landtag starten.

Frage 3: Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen. Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit.

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen? Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Antwort der BayernSPD:

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode parlamentarische Initiativen zu der Problematik ergreifen. Für lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Jugendliche ist es im Prozess der Selbstfindung und des Coming-Outs wichtig, dass gleichgeschlechtliche und transidente Lebensweisen in der Schule nicht tabuisiert werden. Die Schule wird von ihnen oft als ein homo- und transphober Ort wahrgenommen. Sowohl in Unterrichtsinhalten, Lernmitteln als auch im Schulalltag muss daher deutlich werden: Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transidente sind Teil der gesellschaftlichen Vielfalt, sie sind gleichwertig und gleichberechtigt. Die Information über gleichgeschlechtliche und transidente Lebensweisen in der Schule darf nicht allein im Kontext der Biologie oder Gesundheitserziehung geschehen. Auch im Deutsch-, Politik-, Sozialkunde- oder im Geschichtsunterricht müssen Informationen über lesbische, schwule, bisexuelle und

transidente Lebensweisen sowie über die Diskriminierung und über deren Emanzipationsgeschichte vermittelt werden.

Frage 4: Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule. In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen. In Bayern gibt es als einziges Bundesland keinen Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung. Wie wollen Sie sicherstellen, dass SchülerInnen über Bisexualität aufgeklärt werden?

Antwort der BayernSPD:

Trotz einiger positiver Ansätze bleiben die „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ des bayerischen Kultusministeriums einem traditionellen heteronormativen Familienbild verhaftet. So sollen „unterschiedliche Lebensformen und sexuelle Orientierungen (...) vor dem Hintergrund der verfassungsmäßigen Bedeutung von Ehe und Familie“ angesprochen werden. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode das Kultusministerium auffordern, die Richtlinien im Hinblick auf eine verstärkte Berücksichtigung nicht-traditioneller Rollen- und Familienbilder zu überarbeiten. Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität sind als gleichwertige Formen menschlicher Sexualität und Geschlechtsidentität im Schulunterricht darzustellen.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren mehrfach Anträge für einen „Aktionsplan gegen Homophobie“ in den Bayerischen Landtag eingebracht (Drucksachen 17/13450, 17/3930, 16/14057 und 16/8946). Leider wurden alle unsere Anträge von der bzw. den Mehrheitsfraktionen abgelehnt. Wir werden die Staatsregierung auch in der nächsten Legislaturperiode im Bayerischen Landtag auffordern, ein umfassendes Konzept mit konkreten Maßnahmen zur Förderung von Akzeptanz und Vielfalt in Bezug auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche sowie queere Personen vorzulegen. Damit soll die Akzeptanz für die genannten Personengruppen gestärkt und ihre Gleichstellung gefördert werden. Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sollen im gesellschaftlichen Alltag, im politischen und im Verwaltungshandeln sichtbar gemacht werden. Außerdem soll damit erreicht werden, dass zielgruppengerechte und niedrigschwellige Beratungsangebote

sowie AnsprechpartnerInnen und Beschwerdestrukturen landesweit zur Verfügung stehen. In das Landesprogramm sollen wissenschaftliche Expertise, die langjährigen Erfahrungen von einschlägigen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sowie Erfahrungen mit vergleichbaren Programmen in anderen Bundesländern einfließen.

Frage 5: Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen. Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche AkteurInnen auch bei PolitikerInnen Gehör. Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kinder stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandte Kräfte wie den „Besorgten Eltern“?

Antwort der BayernSPD:

Wir dürfen dazu auf unsere Antworten auf die Fragen 3 und 4 verweisen. Außerdem wollen wir eine verlässliche Finanzierung und Unterstützung von Beratungs- und Selbsthilfeangeboten auch für jugendliche LSBTIQ*-Personen erreichen und den Jugendhilfeplanungsprozess um Aspekte von jungen LSBTIQ*-Personen erweitern. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, Heimerziehung und Hilfe für junge Volljährige müssen sich stärker den spezifischen Bedarfen und Perspektiven von jungen LSBTIQ*-Personen öffnen. Die BayernSPD-Landtagsfraktion wird in der nächsten Legislaturperiode entsprechende parlamentarische Initiativen starten.

Frage 6: In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine Initiative zu sexueller Sichtbarkeit.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Antwort der BayernSPD:

Wir halten die Initiative „Echte Vielfalt“ für nachahmenswert und werden uns im Rahmen einer Initiative im Bayerischen Landtag dafür einsetzen.

Frage 7: Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher. Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten?

Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Antwort der BayernSPD:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bayerische Staatsregierung ein Programm zur Förderung von Forschung zu LSBTIQ*-Themen auflegt.

Frage 8: Auch in der Politik äußern sich PolitikerInnen LSBTI*-feindlich. Warum gibt es keine harten Konsequenzen für menschenrechtsfeindliche Äußerungen von PolitikerInnen?

Wie wollen Sie das ändern, dass einzelne PolitikerInnen sich so daneben benehmen?

Antwort der BayernSPD:

Gegen LSBTIQ*-feindliche Äußerungen von PolitikerInnen im Bayerischen Landtag werden wir uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln einsetzen. Sollten derartige Äußerungen nach unserer Auffassung den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen, werden wir uns für ihre strafrechtliche Verfolgung einsetzen.

Frage 9: Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist ein besonders zu verachtendes Vergehen. Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Antwort der BayernSPD:

Homo- und transphobe Straf- bzw. Gewalttaten bleiben häufig noch immer unerkannt, werden nicht in ihrem tatsächlichen Umfang erhoben und führen zu selten zu rechtlichen Konsequenzen. Es muss regelmäßig ausgewertet und analysiert werden, wie viele einschlägige Straftaten angezeigt werden, um

wie viele Opfer es sich dabei handelte, in welchen Fällen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, wie hoch die Aufklärungsquote ist und zu welchen Strafen die Täter verurteilt wurden.

Es gibt bislang keine ausreichende Rechtstatsachenforschung darüber, ob eine Straftat durch die tatsächliche oder vermeintliche Geschlechtsidentität bzw. sexuelle Orientierung des Opfers motiviert ist. Wir werden uns auf parlamentarischer Ebene für die Durchführung einer empirischen Studie über den Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit homo- und transfeindlicher Hassgewalt einsetzen.

Die Polizei muss bei der Bekämpfung homo- und transphober Gewalt verstärkt mit LSBTIQ*-Organisationen zusammenarbeiten. Innerhalb der Polizeibehörden sollen dazu Ansprechpersonen bestellt werden. Ansprechpersonen können den Betroffenen ihre Schwellenangst nehmen und mit dazu beitragen, das Dunkelfeld homo- und transfeindlicher Hassgewalt zu erhellen. Ansprechpersonen bei den Staatsanwaltschaften sollen nach dem Vorbild Berlins Anliegen, Beschwerden und gegebenenfalls auch Strafanzeigen aufnehmen und den Kontakt zu den zuständigen Staatsanwälten, der Polizei und privaten Hilfsorganisationen herstellen. Zwar ist der Themenkreis „homo- und transfeindlich motivierte Straftaten bzw. Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung“ bereits jetzt allgemein in den Aus- und Fortbildungsplänen der Bayerischen Polizei enthalten. Darüber hinaus soll aber ein spezieller Schwerpunkt auf diese Problematik gelegt werden, um die Defizite im gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit homo- und transphober Hassgewalt abzubauen. Das Wissen über LSBTIQ*-Lebensweisen und Diskriminierungen sowie typische Gewalterfahrungen soll breiter verankert werden. Die BayernSPD-Landtagsfraktion wird dazu entsprechende parlamentarische Initiativen ergreifen.

Frage 10: Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

Was ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Antwort der BayernSPD:

Wir werden uns für eine Abschaffung des generellen Blutspendeverbots für Männer, die Sex mit Männern haben, einsetzen.

Frage 11: Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die Reparaturtherapien in Deutschland noch nicht verboten, im Gegensatz zu anderen Ländern.

Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen Scharlatanen zu beschützen?

Antwort der BayernSPD:

Wir werden uns für ein gesetzliches Verbot von sogenannten Reparaturtherapien – ähnlich wie in Kalifornien und anderen US-Bundesstaaten – einsetzen.